

*** Sperrfrist: Donnerstag, 13. Juni, 15.00 Uhr ***

Warum der Gripen-Deal auch Schweden schadet.

Pourquoi l'achat des Gripen est nuisible aussi pour
la Suède

Bern, 13. Juni 2013 - Pressemappe

Berne, 13 Juin 2013 - Documentation de presse



SFR

SCHWEIZERISCHER
FRIEDENSRAT

Inhalt / Contenu:

1) Zitate.....	3
2) Weitere Informationen / Pour plus d'informations:.....	4
Organisationen / organisations:.....	4
3) Pressemitteilung / Communiqué de Presse	5
4) Redebeiträge von / Interventions de.....	6
Hans Ulrich Gerber im Namen des Schwedischen Versöhnungsbundes (SweFOR).....	6
Anna Ek <i>Präsidentin "Svenska Freds- och Skiljedomsföreningens"</i>	7
Franziska Müller <i>im Namen von cfd, WILPF Schweiz und WILPF Schweden</i>	9
Tobia Schnebli <i>Vorstandsmitglied GSsA</i>	11

1) Zitate

Anna Ek

Präsidentin "Svenska Freds- och Skiljedomsföreningens" (englisch):

«Both Swiss and Swedish taxpayers will be on the losing side of this deal. The offset package will not be the bargain it might look like. The Gripen South Africa deal had an offset package said to promote about 65 000 jobs. In 2006, ANC admitted that only very few jobs had been created and several of the companies that were referred to as offset or counter trade were actually fake or not informed about their role being used in the deal.»

Hans Ulrich Gerber

Präsident Internationaler Versöhnungsbund, im Namen des Schwedischen Versöhnungsbundes (SweFOR). (deutsch):

«Die Interessen, die hinter dem Kauf des Gripen stehen, dienen nicht dem Gemeinwohl und somit auch nicht dem Frieden. Kampfflugzeuge können unsere Sicherheit nicht garantieren. Noch weniger können sie den Frieden in der Welt sichern. Jeder Franken, den wir für Krieg ausgeben, macht die Welt unsicherer.»

Tobia Schnebli

Membre du comité du GSsA du Groupe pour une Suisse sans Armée, GSsA (französisch):

«Comme nous le montrent nos amis suédois, le Gripen est un projet militaro-industriel qui n'a ni avenir ni utilité sociale. »

Franziska Müller

im Namen des cfd und WILPF (englisch):

«When states invest in military means instead of welfare and development, women are often negatively and disproportionately affected. They are rarely part of defence and security decision-making, while the lack of socioeconomic investments tends to affect women negatively in terms of insufficient health care etc.»

Ruedi Tobler

im Namen des Friedensrats (deutsch):

«Für den 1945 gegründeten SFR ist das neutrale Schweden Vorbild in aktiver Friedens- und Menschenrechtspolitik. Es trat 1946 der UNO bei, war Gründungsmitglied des Europarates, ratifizierte die zentralen Menschenrechtskonventionen ohne Verzug, gründete 1966 das Friedensforschungsinstitut SIPRI und hat während dem Vietnamkrieg US-Deserteuren Asyl gewährt. In diese Traditionslinie passt ein gemeinsames Kampfflugzeugprojekt nicht.»

**2) Weitere Informationen erhalten Sie bei folgenden Kontaktpersonen:
Pour plus d'informations contactez les personnes suivantes:**

Tobia Schnebli, GSsA: 076 392 32 42 – tobia@gsoa.ch

Nikolai Prawdzic, GSoA: 079 101 14 12 – nikolai@gsoa.ch

Helena Nyberg, WILPF Schweiz: 079 339 97 86 – textart@windowslive.com

Franziska Müller, cfd: 078 917 52 79 – franziska.mueller@cf-d.ch.org

Hans Ulrich Gerber, IFOR und SweFOR, 079 285 78 94 - hu-gerber@ifor-mir.ch

Folgende Organisationen gehören der "Swedish-Swiss Alliance Against New Fighter Jets" an:

- Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
- Svenska Freds- och Skiljedomsföreningens
- Swedish Fellowship of Reconciliation
- IFOR Schweiz
- cfd – Die feministische Friedensorganisation
- Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) Schweiz
- Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) Schweden
- Frauen für den Frieden
- Schweizerischer Friedensrat

Les organisations suivantes adhèrent à la "Swedish-Swiss Alliance Against New Fighter Jets" :

- Groupe pour une Suisse sans armée
- Svenska Freds- och Skiljedomsföreningens
- Swedish Fellowship of Reconciliation (MIR Suède)
- MIR Suisse
- cfd - L'ONG féministe pour la paix
- Femmes pour la paix
- Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) Suisse
- Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) Suède
- Conseil Suisse pour la paix

3) Pressemitteilung / Communiqué de Presse

Schwedisch-schweizerische Allianz gegen neue Kampfjets

An einer Medienkonferenz gaben heute die grössten schwedischen und schweizerischen Friedensorganisationen ihre Allianz gegen das Gripen-geschäft bekannt. Ziel der Allianz ist es, den geplanten Gripen-Deal zwischen Schweden und der Schweiz zu verhindern.

Anna Ek, Präsidentin von Svenska Freds- och Skiljedomsföreningens, der grössten skandinavischen Friedensorganisation, machte klar, dass es sich beim Gripen nicht um ein schwedisches Flugzeug handle. Der Gripen sei zum überwiegenden Teil aus US-amerikanischen und britischen Komponenten zusammengesetzt. Dass Saab - resp. die britische BAE - versuche, dem Flugzeug das Label "neutral" anzuheften, habe viel mit Marketing und nichts mit der Realität zu tun.

Im Namen des Swedish Fellowship of Reconciliation wies Hans Ulrich Gerber, Executive Secretary bei IFOR Switzerland, darauf hin, dass die Ausgaben für den Gripen sowohl für die Schweiz als auch für Schweden eine völlig verfehlte Prioritätensetzung darstellen. Beide Länder würden besser in die Umwelt und Gesellschaft investieren, anstatt Milliarden für die Entwicklung und den Kauf von Kampfjets und damit für eine überholte Logik nationaler Sicherheit auszugeben.

Auch Franziska Müller erklärte im Namen des cfd und der schwedischen und schweizerischen Ableger der Women's International League for Peace and Freedom, dass unter anderem geplant sei, bei der AHV und der Bildung zu sparen, um den Gripen zu finanzieren. Beide Länder könnten viel mehr Arbeitsplätze schaffen, indem sie entschlossene Massnahmen gegen das momentan grösste Sicherheitsproblem, nämlich den Klimawandel, ergreifen würden.

4) Redebeiträge von / Interventions de

Hans Ulrich Gerber

im Namen des Schwedischen Versöhnungsbundes (SweFOR)

Der schwedische und der schweizerische Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes schliessen sich dem Bündnis gegen die Produktion und den Kauf des Kampffjets Gripen an. Der Internationale Versöhnungsbund (IFOR) hat seine Anfänge im Jahre 1914, als kirchliche Vertreter aus ganz Europa und Nordamerika sich in Konstanz zu einer internationalen Friedenskonferenz trafen. Die Absicht war es, die Europäischen Regierungen davon abzubringen, einen Krieg anzuzetteln. Ein Krieg bricht nämlich nicht einfach aus. Vielmehr wird ein Krieg angezettelt.

Heute setzen sich rund 70 Zweige in über 40 Ländern für die Förderung der Gewaltfreiheit und die Ächtung des Krieges ein. Als Mitglieder einer weltweiten historischen Bewegung für die Gewaltfreiheit sehen wir uns verpflichtet, uns gegen die Anschaffung von Kampffjets einzusetzen, ungeachtet der zahlreichen Argumente, welche uns weismachen wollen, dass unsere Sicherheit ohne diese sündhaft teuren Maschinen nicht gewährleistet werden könne.

In Tat und Wahrheit geht es um vorwiegend nationale und wirtschaftliche Interessen. Diese sind Teil einer überholten Logik nationaler Sicherheit, und bei genauerem Hinsehen sichert eine solche Anschaffung bei weitem nicht so viele Arbeitsplätze wie sie Menschenleben fordern würde. Diese Interessen dienen nicht dem Gemeinwohl und somit auch nicht dem Frieden. Kampfflugzeuge können unsere Sicherheit nicht garantieren. Noch weniger können sie den Frieden in der Welt sichern. Jeder Franken, den wir für Krieg ausgeben, macht die Welt unsicherer.

Der Schwedische Versöhnungsbund besteht darauf, dass der Bau dieses Flugzeugs in Schweden falsche Prioritäten setzt. Es wird gesagt, dass ohne diese Maschine die schwedische Luftflotte in 10 Jahren völlig überholt wäre. Dem hält SweFOR entgegen, dass das Eisenbahnnetz bereits heute um mehr als 10 Jahre überholt ist. Was haben die Schweden nötiger: Kampfflugzeuge oder eine leistungsfähige Eisenbahn? Dasselbe gilt offensichtlich auch für die Schweiz.

Die Welt braucht nicht noch mehr Kriegsgerät, dessen Produktion und Verkauf erfahrungsgemäss und überall von undemokratischen, zwielichtigen und korrupten Machenschaften durchzogen ist, sondern die Welt braucht zivilgesellschaftliche Einrichtungen, von Bildung über Gesundheit bis zu Kultur und Umwelt, welche dem Leben und dem Frieden dienlich sind.

Sowohl in Schweden wie in der Schweiz regt sich unübersehbarer Widerstand gegen Kampffjets. Vorbei sind die Zeiten wo wir sagen: Das ist halt so, da kann man nichts tun. Auch die Armee und Waffengeschäfte müssen der demokratischen Kontrolle untergeordnet werden und zivilgesellschaftlichen Prioritäten Raum machen. Prioritäten, welche das Gemeinwohl fördern statt die Kassen von einigen wenigen zu füllen!

Anna Ek

Präsidentin "Svenska Freds- och Skiljedomsföreningens"

As a swede, and especially one active in the Swedish peace movement, I have lived with the Gripen project for over 30 years – my whole life actually. It has, since the beginning, been a debated issue, and still is. I will talk a bit about this debate and why SPAS thinks the Gripen deal with Switzerland would be a bad idea for both Sweden and Switzerland. I will also talk about the myth of neutrality surrounding Sweden and in particular this debate.

My name is Anna Ek and I am the president of the Swedish Peace and Arbitration Society, SPAS. We were founded in 1883, and that makes us the oldest still active peace organization in the world. We are also Scandinavia's largest peace organization.

The decision to start the Gripen project was taken on June 4 1982. Sweden has traditionally had a large arms industry motivated by the Swedish neutrality and non-alignment policy. The idea was that Sweden needed to produce arms in order to be independent. This also led to Sweden becoming one of the largest arms exporting countries per capita in the world. Jas Gripen is not the only Swedish arms system produced and sold. Last year we were the biggest arms exporting country in the world per capita. In total we are eight on the list of largest arms exporting countries. At the same time as Sweden has an image of being a country that fights for human rights, peace and democracy, we sell large amounts of weapon to dictatorships, countries in armed conflicts and to states where serious human rights abuses occur.

The Swedish neutrality policy has changed and also the nature of the global arms industry. Sweden is no longer a neutral state. The first steps were taken in 1991 and in 2002 neutrality was taken out of the Swedish security policy. The end of neutrality, together with the arms industry being globally owned and international down to the parts, means neutrality cannot be an argument when discussing arms deals with Sweden.

The Jas Gripen is certainly not an exception. The current model of Jas Gripen C/D is far from Swedish or independent. Looking at important parts of the plane, one third is from Sweden, one third from US and one third from other European countries, mostly Great Britain. Many of the smaller parts are also American. The model that Switzerland is thinking about buying is composed of even a greater portion of international parts than the C/D version. For example, the engine, previously produced by Swedish Volvo Aero will now be replaced by an American engine. The radar system will also be produced in Scotland, and replace a system produced in Gothenburg. Jas Gripen is not a Swedish system and not an independent or "neutral choice" – as it is presented to buyer countries.

From a Swedish perspective, the Gripen project has been criticized both from the peace movement as well as from within the Swedish military for not being a good investment. It

also has both bribery scandals and several spectacular crashes connected to it. The Gripen project has forced Sweden to devote almost half of our military spending on weapon systems, an extremely high percentage compared to other states. To lower the costs for the Swedish defence, the plan is to sell the plane to other states that can share the costs. In order to promote the plane internationally, we also need to commit the Swedish armed forces to the plane. This has led to Sweden being stuck in a billion dollar merry-go-round where earlier spending is used as an argument for further spending. The Gripen project has been fundamental in changing the traditionally restrictive view on arms export in Sweden to a policy where arms are actively promoted by the government and agencies. Sweden has ordered more planes than needed and commenced upgrades faster than needed. So far, only one state: South Africa, has bought the plane from Saab. The other customers, Czech Republic, Hungary and Thailand have leased or bought planes from the Swedish armed forces.

The Gripen deals have also been surrounded by bribery allegations and large media debate. In June 2009, the Swedish prosecutor concluded that large hidden payments have been given in all three campaigns towards South Africa, Czech Republic and Hungary but the investigations were nevertheless stopped because the prescription period had passed. In September 2010 SPAS, together with other organizations, filed a complaint to the police for bribery in the South Africa deal after new evidence had been revealed. It is still under investigation if the case should be re-opened. Saabs partner BAE Systems has admitted to paying large provisions to agents to secure the South Africa deal. It has also been revealed Saab has used agents through a subsidiary company.

The Swedish parliament has agreed on the upgrade of Jas Gripen but only if another country wants to buy it, and therefore share the development costs. Both Swiss and Swedish taxpayers are on the losing side if this deal will ever come into place. The offset package will not be the bargain you first may believe. The South Africa deal had a huge offset package, about five times the size of the deal, and said to promote about 65 000 jobs. In 2006, ANC admitted that only 13 000 jobs had been created. Offsets are empty promises. In the South Africa case it was revealed that several of the companies involved in the offset deals as presented to the South African government were false or not informed that they even had a role in the offset or counter trade deal. In Sweden, the profit we might earn is exceeded by far by the gigantic investments in the upgrade.

Franziska Müller

im Namen von cfd, WILPF Schweiz und WILPF Schweden

Geschlechtergerechtigkeit und soziale Sicherheit statt aeroplane Aufrüstung

Investitionen in die soziale Sicherung, in eine geschlechtergerechte Budgetpolitik, in die Produktion nachhaltiger, ziviler Güter und in eine umfassende, kohärente Friedenspolitik. Dies fordern die feministische Friedensorganisation cfd und die Women's International League for Peace and Freedom – WILPF Schweiz im transnationalen Bündnis mit WILPF Schweden.

Gesellschaftlich relevant budgetieren und investieren

3.126 Milliarden Franken für den Kauf von Kampffjets plus rund 6 Milliarden für Aufrüstung und Unterhalt während der Betriebsdauer. Dies der Preis für ein Projekt, dessen Sinn und Zweck niemand begründen kann. Derweil verknüpft der Bund über das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungsprogramm KAP Staatsfinanzen für gesellschaftlich notwendige und friedenspolitisch zentrale zivile Aufgaben. Abbau bei Bildung, Gesundheit, ÖV, Sozialwerken – insbesondere der AHV – und Entwicklungszusammenarbeit zementiert und verschärft Geschlechterungleichheit und die Prekarisierung von Lebenszusammenhängen, zunehmend auch in der Schweiz.

Nachhaltig wirtschaften

Das Argument, Arbeitsplätze zu sichern in der schwedischen Produktion, im Schweizer Militärapparat und durch Gegengeschäfte, ist windig. Beide Staaten sind verpflichtet, im Rahmen der globalen Klimaziele nachhaltiges Wirtschaften zu fördern und in den Erhalt der Lebensgrundlagen zu investieren.

Weltweit tragen Frauen die Hauptkosten der Klimakrise und bügeln die Folgen destruktiver Wirtschaftsförderung und Aufrüstung aus. Oberstes Ziel bleibt deshalb die Konversion der Rüstungsmaschinerie unter Einbezug der Genderdimension.

Kohärent Friedenspolitik betreiben

Um den neuen Gripen zu realisieren, braucht Schweden weitere Abnehmerländer. Bei der Suche nach Kunden ist Absatz das ausschlaggebende Kriterium, nicht die Menschenrechtsgouvernanz der Abnehmerländer.

Die Schweiz hat sich in den soeben abgeschlossenen Verhandlungen zu einem umfassenden Waffenhandelsvertrag sehr hervorgetan, den Einbezug der Zivilgesellschaft befürwortet und sich auf die eigene langjährige humanitäre Tradition berufen, die menschliches Leid reduziert habe. Der Kauf überflüssiger Kampffjets widerspricht dieser Haltung der offiziellen Schweiz.

Gescheit sparen

Die Militarisierung gesellschaftlicher Fragen bläht das Budget und die Kosten auf. Mit zivilgesellschaftlich verankerten, breit mitgetragenen – und damit realitätstauglichen – Bedrohungs- und Budgetanalysen aus der Geschlechterperspektive liesse sich der enorme Verschleiss an Zeit und Geld stoppen, wie ihn die Gripen-Geschichte mit sich bringt. Sie muss jetzt ein Ende haben, damit wir uns wieder sicherheitsbildenden Massnahmen für Frauen und Männer im globalen Süden und Norden zuwenden können.

Tobia Schnebli

Vorstandsmitglied GSsA

Les Gripen: un investissement lourd et totalement dépassé

Pour le GSsA, l'alliance avec nos amis pacifistes suédois constitue un apport précieux pour saisir l'ensemble des problèmes liés à l'achat de nouveaux avions de combat.

Le regard de nos amis suédois permet de relever quelques aspects peu mentionnés jusqu'ici dans les multiples discussions qui ont accompagné le tortueux processus d'achat des nouveaux avions de combat:

1. Le Gripen est une arme militaire qui date de la guerre froide.

Le projet du Gripen a été conçu en 1982, à l'apogée de la guerre froide, au sommet du réarmement qui accompagnait l'installation des Euromissiles et des SS-20 en Europe. C'est un avion de combat, un instrument de guerre conçu et destiné au contexte d'une guerre telle qu'on la concevait pendant la guerre froide.

Aujourd'hui le contexte est tout autre. Les milieux militaro-industriels cherchent à motiver une dotation pléthorique en avions de combat avec la tâche de «police de l'espace aérien». Mais l'accomplissement de cette tâche ne nécessite pas de nouveaux avions de guerre (les 33 F/A-18 suffisent largement) mais de la coopération internationale, de la couverture radar, et le développement des renseignements.

2. Le Gripen est un projet militaro-industriel qui n'a ni avenir ni utilité sociale.

Les éléments apportés par nos amis suédois montrent que le projet du Gripen constitue un projet lourd de soutien à l'industrie suédoise financé par l'argent des contribuables suédois.

En cas d'achat par la Suisse, la facture sera très lourde aussi pour les contribuables suisses. Beaucoup plus lourde que les seuls 3,2 milliards pour l'achat. Il n'y a pas d'estimations vérifiables sur la facture finale, mais l'exemple des F/A-18 (voir le tableau annexe) qui montre que les frais de réarmement, entretien et utilisation sur une quinzaine d'années doublent le montant de la facture d'achat. En quinze ans, ce seront donc 5 à 6 milliards aux frais des contribuables et non 3,2 milliards de francs.

Nous n'avons rien contre le soutien étatique au développement économique. Mais ce «développement» doit correspondre à des perspectives durables et socialement utiles, comme pourrait l'être la transition énergétique vers les énergies renouvelables.

Au lieu de financer le développement du secteur militaro-industriel, M. Ueli Maurer pourrait s'inspirer utilement du très important programme de reconversion énergétique lancé le

14 juin 2011 par le Département de la Défense des USA «Operational Energy Strategy»
(cfr energy.defense.org)